



# Die Erwerbslofenfürsorge im Reichsrat.

## Forderung nach produktiver Erwerbslofenfürsorge.

(Drahtmeldung aus Berlin, 13. Sept.) Die Erwerbslofenfürsorge hat die Ausschüsse des Reichsrates in zwei Sitzungen befaßt, an denen auch Finanzminister Hilferding teilnahm. Zwischen den Ausschüssen und der Reichsregierung ergab sich Uebereinkommen darüber, daß gegen die Fortsetzung der Arbeitslofenunterstützung, die nur als vorübergehende Maßnahme gedacht war, große Bedenken finanzieller und politischer Art bestehen. Die Zahl der unterstützten Erwerbslosen ist von 188 000 am 1. Juli auf 200 000 am 1. September gestiegen und es steht, wie auch in den Beratungen zum Ausdruck kam, noch eine ganz gewaltige Steigerung in Aussicht. Auch die Höhe der Unterhaltungen ist entsprechend der Geldentwertung ständig gewachsen. Die Gesamtausgaben des Reiches für die Erwerbslofenfürsorge belaufen sich in voriger Woche täglich auf 2 Millionen; in dieser Woche sind sie bereits auf 6 Millionen gestiegen. Wie lange Zahlungen in dieser Weise möglich sein werden, ist in höchstem Maße zweifelhaft.

Weitere Bedenken haben die Ausschüsse des Reichsrates darin, daß infolge der Unterbringung einzelner Erwerbslofen nicht energisch genug am Ausfindigmachen einer neuen Arbeitsstelle bemöhnt. Mit Nachdruck wurde auch darauf hingewiesen, daß nur zu radikale Elemente die Gelegenheit benutzt haben, da sich bei den Geld- und Zahlstellen die Erwerbslofen in großen Mengen sammeln, um die Massen aufzuzubehalten. Nach längeren Beratungen haben die Ausschüsse sich auf folgende

### Resolutionen

1. Die Reichsregierung zu ersuchen
1. im Reichstag auf schnellste Verabschiedung des Gesetzes über die Erwerbslofenversicherung hinzuwirken.
2. eine produktive Arbeitslofenfürsorge schnell und nachdrücklich zu fordern und dabei der Förderung des Wohnungsbaues besondere Aufmerksamkeit zu schenken.
3. ausreichende Mittel zur Durchführung der produktiven Arbeitslofenfürsorge zu stellen.
4. durch jede geeignete Maßnahme der Stilllegung der Betriebe entgegenzuwirken. Die Vollversammlung schloß sich diesen Resolutionen an.

Angenommen wurde sodann eine Verordnung über die Ablieferungspflicht von Textilien, die auf Grund des Notgesetzes erlassen ist. Reglerunfähig wurde dazu erklärt, daß die Reichsregierung veranlassen werde, daß der Kommissar für Textilienfertigung hinsichtlich des Prozenzfußes der abzufertigenden Textilien grundsätzlich den bestehenden Zustand aufrechterhalte. Insbesondere sollen Exporteure, die auf Lagerweise ihre inländischen Lieferanten in Devisen bezahlen, von der Ablieferungspflicht insoweit befreit werden, als ihrer Stelle solche die ausländischen Lieferanten ablieferungspflichtig gemacht werden. Weiter erklärte sich der Reichsrat dann mit einer Verdoppelung der Steuerabzüge bei der Lohnsteuer einverstanden, mit einer Herabsetzung des Reichsbankgesetzes, die durch die Ausgabe wertlosender Kredite notwendig wird, mit einer Verordnung zur Entlastung der Gerichte, die die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Zivilsachen auf 500 Millionen begrenzt, weiter mit einer Erhöhung der Standesamtsgebühren um das 100fache, wodurch das Heiraten sehr teuer wird.

### Streikgefahr im Bankgewerbe.

(Drahtmeldung aus Berlin, 13. Sept.) Im deutschen Bankgewerbe bereitet sich eine bedrohliche Situation vor. Wegen Tarifverhandlungen haben die Hamburger und die Berliner Bankangestellten die Verweigerung der Ueberstundenarbeit beschlossen und eine neue Entlohnung in Frankfurt verlangt. Da außer von Leipzig auch von anderen Bankplätzen

Nachrichten vorliegen, die die Lage bedrohlich erscheinen lassen, hat die Reichsregierung am Donnerstag die Erwerbslofenfürsorge der Bankangestellten zu einer Sitzung eingeladen, insbesondere auch, da der Reichsrat über die Entlohnung von Reichsbankbeamten die Verhandlungserklärung des Schlichtungsausschusses, den die Angestellten abgelehnt hatten, verlangte. Die Vertreter der Angestelltenorganisationen wiesen auf die schweren wirtschaftlichen Folgen hin, die ein allgemeiner Bankbeamtenstreik für das gesamte Wirtschaftsleben haben würde, da in diesem Falle die gleichen Verhältnisse eintreten würden, wie bei dem Ausbruchsstreik in den Rotenburgerwerken vor einigen Wochen. Die Angestelltenvertreter forderten Entlohnung der Angestellten in Westmark, und zwar wurde für einen Wöchentlichen Anzeigebogen ein Betrag von 10 Westmark pro Woche, multipliziert mit der jeweiligen Anzeigebogenzahl, für einen Wöchentlichen Anzeigebogen das Doppelte und so fort bis zu einem Wöchentlichen von 65 Westmark verlangt. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine Ablehnung dieser Forderungen mit einem allgemeinen Streik im deutschen Bankgewerbe beantwortet werden würde.

### Teuerungsdemonstrationen in Reuthehen.

Reuthehen, 13. Sept. Infolge der außerordentlichen Preissteigerung fanden heute mittag große Demonstrationen statt. Verschiedene Kaufleute wurden von der Menge gezwungen, die Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben. Vereinzelt wurden auch Waren ohne Bezahlung genommen. Die Polizei konnte die Ruhe vorübergehend wieder herstellen. In den Nachmittagsstunden nahmen die Demonstrationen größeren Umfang an. Die Menge drang an verschiedenen Stellen der Stadt in die Geschäfte ein und versuchte zu plündern. Hierbei wurden auch Schaufenster eingeschlagen. Auf dem Ring versuchte die Menge, die Polizei ins Rathaus abzudrängen und zu entwaffnen. Nachdem einzelne Schutzbeamte tätlich angegriffen worden waren, wurden in der Reichswehr etwa 50 Schüsse abgegeben. Hierbei wurden, obwohl die Schutzbeamten meist in die Luft schossen, ein Arbeiter durch einen Kopfschuß schwer verletzt, das an seinem Massommen gezwungen wird. Zwei weitere Personen erlitten leichtere Verletzungen. Hierauf wurden die Hauptstraßen abgesperrt und die Demonstration in die Nebenstraßen abgedrängt. Circa 10 Personen wurden verhaftet. Kurz nach 7 Uhr fielen erneut Schüsse im Stadtsentrum. (W. T. B.)

Reuthehen, 13. Sept. 8 Uhr 30 Min. Die Stadt ist jetzt ruhig, nachdem die Hauptstraßen durch blinde Schnellfeuer aus Panzerautomobilen säubert und die Demonstrationen in die Nebenstraßen abgedrängt worden sind. Verschiedentlich wurden noch im Laufe des Abends Schaufenster eingeschlagen. Zu Wanderungen kam es aber nicht. Auch mehrere Verhaftungen wurden noch vorgenommen. Der private Telefonverkehr ist gesperrt worden. (W. T. B.)

### Preischaos in Berlin.

Berlin, 13. Sept. Auf dem Lebensmittelmarkt zu Berlin ist ein vollständiges Preischaos eingetreten. Kein Konsument mehr, was er in den nächsten Stunden zu bezahlen haben wird, da sowohl in den Markthallen wie in den Ladengeschäften die Preise tagtäglich für's Neue bis sechs- bis achtmal so hoch ansteigen, d. h. hinaufgesetzt werden. In den Markthallen hat der Kleinhandel einen Karren voll eingekauft, der zu lebhaften Protesten des Publikums Anlaß gab. Der Käufer bemühte sich Verzweiflung und es kommt tagtäglich zu erregten Szenen. Das Berliner Polizeipräsidium ist nun zu der Ansicht gekommen, daß diesem Treiben energisch Einhalt geboten werden müsse. Heute hat es neue Anweisungen gegeben, die von nun an strikte durchgeführt werden sollen. Das Grundprinzip ist, daß der Kleinhandel sich von nun an 24 Stunden lang an die einmal festgesetzten Preise zu halten habe.

# Die Berliner Presse zur Kanzlerrede.

Die Rede des Reichskanzlers wird in ihrer großen inner- und außenpolitischen Bedeutung eingehend gewürdigt. In allen Blättern wird die Offenheit des Kanzlers hervorgehoben und die große Tragweite des Angebotes einer Verständigung des deutschen Privatbesitzes betont. Niemand mehr heute, ob eine Verständigung auf dieser Basis möglich ist, und da es in Deutschland kaum einen Politiker gibt, der nicht einen ehrenvollen Ausgleich mit Frankreich als ein Ziel, aus innigster Sehnsucht, aufstellt, so schiedet sich die Kritik in optimistische Stimmen, die eine solche Verständigung trotz aller bitteren Erfahrungen für möglich halten, und solche, die angesichts der rein machtpolitischen Ziele Poincarés von deutschen Angeboten nur eine Schwächung der deutschen Widerstandskraft und weitergehende Pläne Frankreichs befürchten. Eins steht aber fest, daß nämlich das weit über den Verfall der Verträge hinausgehende Anerkennen Stresemanns das letzte, allerletzte Ziel ist, das uns zur Verfügung steht, den Ruf nach Frieden zu erheben, die Verhandlungen zu lösen. Das hat auch das Organ Dr. Stresemanns, „Die Zeit“, am Vorabend der letzten Rede betont. Daß er aber mit diesem letzten Angebot schon zu weit gegangen ist, ist das gewichtige Bedenken der „Kreuzzeitung“, die, wie auch die übrigen deutschnationalen Blätter, den von Stresemann aufgestellten produktionspolitischen Forderungen im allgemeinen zustimmt. Das Blatt schreibt u. a.:

„Dr. Stresemann will also trotz aller üblen Erfahrungen, die wir schon in den Zeitläuften der Erfüllungspolitik machten, auf dieses letzte, was das deutsche Volk noch besitzt, in das bodenlose Raß unserer Opfer werfen. Denn eine Inwertigkeit, daß wir damit die Freiheit deutschen Landes erkaufen, hat er keineswegs, nur unbestimmte Hoffnungen, die uns, namentlich nach den letzten Nachrichten aus Paris, noch geringere Aussichten als zuvor zu haben scheinen. Wirtschaftspolitik gegen Machtpolitik, auf dieser Formel bewegt sich Dr. Stresemanns Verhandlungspolitik. Wir haben schon oft genug von realpolitischen Standpunkt aus die Utopie einer solchen Lösung zerbrechen müssen. Und wird denn unsere kranke Wirtschaft überhaupt eine solche Verlastung ertragen können? Ihre Opferbereitschaft ist vorhanden. Aber wenn erst die Reparationskommission ist in dieser Forderungsbekämpfung fest, liegt es doch auf der Hand, daß die Eroberungspolitik Poincarés ein neues Feld findet.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ urteilt: „Mit entscheidender Klarheit betonte der Kanzler, daß Deutschland in der territorialen Frage, auch hinsichtlich seiner Souveränitätsrechte, keine Zugeständnisse machen könne. Hinsichtlich der materiellen Opfer aber, die die deutsche Wirtschaft für Reparationszwecke bringen könnte, huldigte der Herr Reichskanzler offenbar einem Optimismus, der größte Bedenken erregen muß. In seinen konkreten Vorschlägen dazu ist er allem Anschein nach den Vorschlägen à la Richers so nahe gekommen, daß die allgemeinen Bedenken nur noch außerordentlich vermehrt werden können.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ hebt hervor, das von Stresemann formulierte deutsche Angebot an Frankreich sei von ungewöhnlicher Form. Poincaré wolle sich leicht darüber klar werden, ob er dieses reise Angebot annehmen oder ob er dem Verderben weiter seinen Gang lassen wolle. Das deutsche Angebot, das für die deutsche Wirtschaft und für die gesamte Nation eine sehr bedauerliche Last darstelle, sei nur durchführbar, wenn Deutschland die souveräne Verfügung über Rhein, Ruhr und Saar wieder erhalte.

Die „Zeit“ unterstreicht den ernsthafte Willen der Reichsregierung, keine materiellen Opfer zu scheuen, um so bald wie möglich dem Rhein- und Ruhrgebiet die Arbeits-

möglichkeit und Arbeitsfreiheit sowie dem Reich selbst die Verfügungsgewalt über diese Gebiete zurückzugewinnen. Die deutsche Wirtschaft und das gesamte deutsche Volk ständen dabei hinter der Regierung.

Die „Germania“ betont die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes, die vom Reichskanzler angebotenen schweren Opfer auf sich zu nehmen und Frankreich in den Besitz von Zahlungen zu setzen. Mit dem Plane des Kanzlers, der diese Zahlungen ermöglichte, und mit den größten Garantien ausgestattet, seien die Wege zur Verständigung frei. Wenn Poincaré zu seinem Wort stehe, daß er nur Bezahlung und keine Annexion wolle, seien die Grundlagen für eine Verständigung getroffen.

Das „A. T.“ unterstreicht die Bedeutung der Rede, die durch die Anwesenheit sämtlicher in Berlin weilenden Mitglieder des Kabinetts als ein bedeutungsvoller Regierungsaft gekennzeichnet worden ist. Ob durch die bedeutsame Kundgebung, so schreibt das Blatt, die Unterhaltung zwischen Paris und Berlin einen wesentlichen Schritt weitergeführt werden kann, muß abgewartet werden.

Die „Voll. Sig.“ faßt ihr Urteil über die Rede in folgenden Worten zusammen: „Die ganze Rede des Reichskanzlers atmet den Willen zu einer Verständigung mit Frankreich. Auch die maßgebenden Persönlichkeiten in Frankreich müssen sich von dem Gesichtspunkte lösen lassen, daß es jetzt gilt, den Frieden zu wollen und ihn zu erhalten, daß es darauf ankommt, durch eine Politik der Gerechtigkeit die nationalen Leidenschaften zu beschwichtigen und damit eine Garantie für den wirklichen Frieden zu geben.“

„Deutschland kapituliert nicht, um nachher zu verhandeln, sondern es verhandelt, um nicht zu kapitulieren.“ sagt der „Vorwärts“, der sich im übrigen mit folgenden Worten an die Adresse Frankreichs wendet: „Frankreich ist vor die Frage gestellt, ob es lieber über einen Teil Deutschlands herrschen oder ob es beschämt sein wolle. Die französische Regierung habe stets erklärt, sie wolle keine Annexionen, sondern Bezahlung. Wenn sie ihr Wort wahr machen will, dann sind wir auf dem Wege zu einer Verständigung. Andernfalls aber marschieren wir in den totalen Ruin und in Unruhe hinein, die nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle Völker zu verheeren ein dringendes Interesse haben.“

— In den Stresemannschen Forderungen der Produktionssteigerung schreibt das Blatt: „Daß die Lösung der außerpolitischen Fragen auch den Massen der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auferlegt, ist nicht zu vermeiden. Ihre Vertreter in der Regierung werden aber dafür zu sorgen haben, daß ein extrajuristisches Maß gewahrt bleibt. Die Steigerung der Produktion innerhalb des zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendigen Aktionsradius wird als Notwendigkeit allgemein anerkannt. Auch Herr Dr. Stresemann, der die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des inneren Marktes anerkennt, hat, wird gewiß nicht glauben, daß durch Ueberarbeit und Unterernährung geschaffene Zustände nach innen und außen geschaffen werden könnten. Wo solche Tendenzen dennoch aufzutreten sollten, wird es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ihnen entgegenzutreten.“

### Ein Wechsel in der tschischen Gesandtschaft in München.

München, 13. Sept. Wie es heißt, ist der frühere kommunistische, jetzt sozialdemokratische Abgeordnete in tschischen Landtag Otto Graf in die tschische Gesandtschaft nach München berufen worden. Der bisherige Gesandtschaftsträger von Palenbowski hat einen Urlaub angetreten. Hier wird die Vermutung ausgesprochen, daß entsprechend der vollstetigen Einstellung der tschischen Regierung auch ihre Vertretung in Bayern in das linksradikale Radikalfeld abgeteilt werden soll.

Verbindung mit der Reichsbank — auch die beiden obigen Pläne sehen ja eine Beteiligung der Reichsbank und spätere Verstaatlichung ihres Einflusses vor — von Georg Bernhard im Sinne der von ihm ausgedehnten geschäftsvorbereitung zuzuhaltende gekommenen Entschlossenheit des Reichswirtschaftsrates ausgedeutet wird, die die Reichsbank zur Transparenz der Währungsreform machen will, so liegen dieser Auslegung doch Informationen an „unabhängiger Stelle“ entgegen. Aus der Zusammenfassung des gegenwärtigen Kabinetts mit seinem linken sozialistischen Einfluß ist es leicht zu erklären, wie schwer es einem sozialistischen Finanzminister fallen muß, die neue Währung einer privaten Notenbank zu übergeben. Schließlich wird aber auch Herr Hilferding nicht um die Tatsache herumkommen, daß es hinsichtlich Uebergangemaßnahmen nie gelingen wird, die als Grundlage einer neuen Währung notwendigen herauszubekommen, wenn nicht das Vertrauen der deutschen Wirtschaft, am meisten natürlich zu einer einzelnen Grundbank, hinankommt. Dieses Moment des Vertrauens ist aber weder in einem Reichsministerium noch in einer von der Reichsbank abhängigen Organisation gegeben. Vielmehr zeigt die unermüdete, harter Konflikt für Texten in den letzten Tagen, daß besonders die Spekulation der vielen Unterarten über zu sein glaubt, die Deutschen der bevorstehenden Erfahrung durch den Vertrauensverlust zu entziehen. Es wird darum schwerlich möglich sein, auszuweichen einen genügend großen Textfonds anzuschaffen, um auf ihm die neue Währung anzurichten. Das scheint man im Reichsfinanzministerium längst eingeschrieben zu haben, da, wie es jetzt heißt, weniger die Frage des privaten Aufbaues des neuen Notensystems als die des Staatskredits bei den Erörterungen über die Währungsreform im Vordergrund steht.

Mit dieser Frage des Staatskredits aber ist das Schicksal der Papiermark aufs allerengste verbunden. Alle neuen Währungsprojekte sehen zur Ueberwindung der finanziellen Schwierigkeiten des Staates Schritte an das Reich vor, deren enge Verzweigung natürlich sowohl vom währungsrechtlichen Standpunkte aus wie auch wegen der absoluten Notwendigkeit eines budgetären Ausgleiches gegeben ist. Es ist selbstverständlich von vornherein klar, daß sich der Uebergang des Staates von der jetzigen Pamp- und Inflationswirtschaft zu einer geordneten Steuer- und Kreditwirtschaft nur unter den allergrößten Schwierigkeiten vollziehen kann. Er wird für den demokratischen sozialistischen Staat von heute mit seinen parlamentarischen und parteipolitischen Abhängigkeiten ganz besonders schwer werden. Aber wenn man an alle vorliegenden Währungsprojekte in erster Linie unter dem Gesichtspunkt herantritt, wie hoch der Staatskredit ist, den man bei ihrer Verwirklichung herausbringen muß, so wird man bei jedem Projekt, das man neu herbeibringt oder das man, wie es jetzt anscheinend angesetzt ist, durch eine Verschmelzung verschiedener Pläne erhält, sehr bald erkennen müssen, daß man den Staatskredit nicht erweitern kann, ohne die sichere Fundierung der neuen Währung zu gefährden. Sollte aber die Anfündigung der Fortdauer der Papiermark als gesellischer Zahlungsmittel mehr sein als eine Verhöhnung, sollte man der Ansicht sein, daß sich neben den neuen Geldnoten die Papiermark als selbständiges Zahlungsmittel aufrecht erhalten läßt, das weiterhin ein bequemes Mittel bleibt, um fortbestehende ungedeckte Staatsausgaben zu bestreiten, so gefährdet man dadurch nicht nur die neue Währung, sondern treibt zur Katastrophe. Man darf sich keiner Täuschung darüber hingeben, daß mit dem Augenblick der Ausgabe neuer wertlosender Geldes nicht nur die Wirtschaftswelt, sondern in steigendem Maße auch alle Vork-, Gehaltsempfänger und Beamte mehr und mehr die sich immer weiter verschlechternde Papiermark ablehnen und Verablangung in Geldnoten verlangen werden. Mit dieser Herabsetzung ist das Ende der Papiermark ebenfalls noch schneller da, als es ohne die neue Währung der Fall wäre. Verderb sollen alle amtlichen Ausstellungen den Beratungen brechen Raum, daß man sich in der gewaltigen anstehenden Papiermark weiter die Möglichkeit bequemer Finanzierung ungedeckter Staatsausgaben erhalten will, wodurch allerdings jede Regelung des Finanzproblems von vornherein illusorisch würde.

Die Schaffung einer neuen Goldwährung ohne die feste Basis, nach einer durch den neuen Notenschein ermöglichten Ueberausgabe zu einem Ausgleich des Budgets, in einer rückstuflosen Beschränkung der Ausgabe und einer neuen Fundierung der Einnahmen auf Goldminen und Goldkredite zu kommen, ist ein vollkommen unloster Versuch. Er konnte in Anbetracht mit seiner unentwickelten Wirtschaft mit dem Eisenwage gemacht werden, der heute neben dem fühlenden Zwerge noch Goldparität hat, aber er würde sich in der formalisierten deutschen Wirtschaft als vollkommen unzulänglich erweisen. Die Sanierung der Reichsfinanzen in der Voraussetzung der neuen Währung, aber auch der gleichzeitigen Verstaatlichung von Gold- und Papiermark, die sich selbstverständlich zunächst kommen muß. Man kann dabei aber nicht die neue Währung als Goldparität halten, während die Papiermark weiter wertlos abbleibt. Es gibt vielmehr nur den einen Ausweg, den sowohl der Geldbesitzer wie der Industrieperson vorzieht, daß nämlich mit Hilfe von staatlichen Einnahmen aus der neuen Notenbank vom Staate Reichsverschmelzung bei der Reichsbank zurückgeführt und von der Reichsbank für diese Beträge Papiermarknoten eingelöst werden. Die Möglichkeit und die Gewissheit der späteren Einlösung der Papiermark in Goldnoten oder auch in Goldbartheile wird allein ein Abbleiten der Papiermark ins Bodenlose mit allen schweren Folgen der Annahmeverweigerung verhindern können. Nur wenn der Papiermarkbesitzer die Sicherheit hat, daß die Papiermark nach Einführung der neuen Währung nicht wertlos wird, wird sie neben den Goldnoten als Zahlungsmittel Bestand haben. Es wird so automatisch eine Steigerung der Papiermark erreicht, die auf anderem Wege ausnahmslos ist. Aber jede Voraussetzung für die Goldnoten wie für die Parallelwährung ist die absolute Notwendigkeit, zu einem Ausgleich der Reichsfinanzen und, wie wir bereits früher ausgeführt haben, zu einer produktiven Gestaltung der ganzen deutschen Wirtschaft zu kommen. Die Währungsreform ist nur ein Teilproblem, das ohne den festen Anschluß zur wirtschaftlichen Sanierung nicht einigig gelöst werden kann.

### Meutereien unter der Ruhrbesatzung.

Berlin, 13. Sept. Ein Teil der auf Seite „Julia“ in Pausen untergebrachten Mannschaften des 17. französischen Jägerbataillons meuterte. Die wahren die Schilderhauer um, zertrümmerten Sicherheitsdrahtverhänge und warfen die Gewehre fort. (W. T. B.)

### Eine Entschließung französischer Sozialisten gegen das Ruhrunternehmen.

Paris, 13. Sept. Die sozialistische Partei hatte für gestern abend eine Protestversammlung gegen den französischen Nationalismus und die tschische Politik Italiens einberufen. Es sprachen mehrere sozialistische Redner, darunter Jean Vanauet, der in seiner Ansprache unter hartem Beifall die Leiden der deutschen Arbeiterchaft u. a. mit den Leiden der nordfranzösischen Bevölkerung während des Krieges verglich. Die Versammlung nahm eine Entschließung an, in der die französische Regierung aufgefordert wird, binnen kürzester Frist eine Verständigung mit Deutschland in der Reparationsfrage auf anderem Wege als durch die Ruhrbesatzung anzustreben. Falls das Ruhrunternehmen noch weiter betrieben werde, so wäre es imlande, eine Katastrophe, der Gewalt und Anarchie für Deutschland und das gesamte zivilisierte Europa herbeizuführen. Der tschische Nationalismus drohe einen neuen Krieg herbeizuführen. Schließlich spricht die Entschließung das Bedauern der Versammelten über das Vorgehen Frankreichs gegen den Völkerverbund aus. (W. T. B.)

### Zwei französische Offiziere angeschossen.

Münster, 13. Sept. Auf der Straße von Hochmar nach Bären sind, wie verlautet, am Abend des 10. September zwei französische Offiziere von unbekanntem Täter angeschossen worden. Näheres über den Vorfall ist noch nicht bekannt. (W. T. B.)

# Die Grundlagen der Währungsreform.

## Der Industrie- und Handelstag über die neue Währung.

Berlin, 18. September. Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat dem Reichsfinanzminister ein Gutachten über die geplanten währungspolitischen Maßregeln zu geben lassen, in dem unter Berufung auf die Erfahrungen der internationalen Finanzfachverständigen vom 8. November 1923 als unabdingbare Voraussetzungen für eine Hilfs-Währung bezeichnet werden: Grundsätzliche und sofortige Sanierung des Reichsbetriebs; starke Produktionssteigerung in freier Wirtschaft; strikte Disziplinpolitik. Bisher sei das wohl versprochen, aber nicht durchgeführt worden, weshalb jede Stützung der Mark fehlgeschlagen sei. Weitere Voraussetzungen für das Gelingen einer Hilfs-Währung seien, daß sie auf Goldgrundlage ruhe und nicht auf dem selbst schwankenden Wert irgendeiner anderen Grundlage. Die letzte aber wichtigste Voraussetzung sei, daß die Papiermark zu einer neuen Goldnote in ein festes Wertverhältnis trete, also durch das neue Geld gestützt werde. Da das der eigentliche Zweck der Hilfs-Währung sei, seien alle Gerüchte über eine Ausschaltung der Papiermark durch eine neue Goldmark falsch. Den Bedarf an neuen Noten schätzt das Gutachten auf drei bis vier Milliarden Mark. Das Gutachten hält die volle Deckung der neuen Noten für wahrscheinlich notwendig. Ob die neue Hilfs-Währung durch die Reichsbank oder eine neue Notenbank durchgeführt wird, sei nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Eine feste etwa feierliche Stellung der Reichsbank sei durchaus kein Grund, die Währungsregelung der Anstalt zu entziehen, ihren gewöhnlichen eingerichteten Apparat nutzlos beiseite zu stellen und für eine neue Bank den gleichen Apparat neu aufzubauen.

## Neue strenge Maßnahmen in Sicht.

Berlin, 18. Sept. Seit längerer Zeit beschäftigt man sich in Regierungskreisen mit der Frage, den etwaigen Verlust einer Steuerabgabe energisch zu begegnen. Bereits vor 14 Tagen lag der Entwurf einer Verordnung vor, der vom Reichsinnenministerium ausgearbeitet war und der sowohl Maßregeln gegen Steuerhinterziehung, als gegen die Aufhebung der Abschätzung von Steuern und gegen die Steuerhinterziehung, wie auch gegen die Aufforderung zur Zurückhaltung von Lebensmitteln und Futtermitteln vorzief. Mit dem Reichswirtschafts- sowohl wie mit dem Reichsfinanzministerium ist der Plan eingehend besprochen worden, doch konnte man sich bisher nicht entscheiden, die Verordnung herauszugeben, da eine Vermehrung der Befugnisse des Reichspräsidenten auf Grund des § 48 der Verfassung nicht

beabsichtigt war. Jetzt ist die Angelegenheit indessen spruchreif geworden. Das Kabinett dürfte sich bereits in kürzester Frist mit den beiden Verordnungen beschäftigen und sie aller Wahrscheinlichkeit nach auch verabschieden.

## Goldmark-Kohlenpreise.

Berlin, 18. September. Der Reichskohlenverband und der große Ausschuss des Reichskohlenrates haben beschlossen, vom 14. September ab die Kohlenpreise in Goldmark festzusetzen. Der Berechnung der Goldmarkkohlenpreise soll der Durchschnittspreis des Pfund Steinkohls der drei der Preisfestsetzung vorausgehenden Tage zu Grunde gelegt werden. Die Festsetzung der Preise wird allmählich am Freitag mit Wirkung von dem folgenden Montage erfolgen.

## Umgestaltung der Außenhandelskontrolle.

Berlin, 18. Sept. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigte sich heute mit dem Abbau der Ausfuhrabgabe sowie der Umgestaltung der Außenhandelskontrolle. Ihm lag ein Gutachten des Unterausschusses für Ausfuhrbedingungen vor, in dem dieser folgende vorläufige Beschlüsse fasste: Die Ausfuhrabgaben sind allgemein zu beseitigen. Die Preisprüfung und damit legale Ausfuhrkontrolle ist für Fertigfabrikate schnellstens zu beseitigen. Für Rohstoffe und Halbfabrikate soll die Ausfuhrkontrolle beibehalten werden, soweit dies im Interesse der weiterverarbeitenden Industrien erforderlich ist. Soweit die Außenhandelsstellen ihre Tätigkeit einstellen, ist die verbleibende Kontrolle vom Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung unter Mitwirkung des zuständigen Arbeitsausschusses zu übernehmen. Die Erhebung des Preisbeitrages soll durchweg den Außenhandelsstellen abgenommen und auf dem Wege des Marktlebenssystems verwirklicht werden. Es sind in Anbetracht der an den Reichswirtschaftsrat für die einzelnen Wirtschaftszweige Sachverständigen zu bilden, die gegenüber den Behörden als die Sachvertretung des zuständigen Wirtschaftszweiges gelten und zur Mitwirkung bei besonderen Fragen der Wirtschaft auf diesem Gebiet herangezogen werden. Einmütig wurde die unmittelbare Weiterleitung an die Reichsregierung beschlossen. (W. T. B.)

## Die Mark in Basel gestrichen.

Basel, 18. September. Die deutsche Mark wird wegen ihrer vollständigen Wertlosigkeit an der Baseler Börse in Zukunft nicht mehr notiert. Bereits gestern kam eine Notierung für die Mark nicht mehr heraus.

# Vor einem Umsturz in Spanien.

## Ein Putsch der Militärpartei in Barcelona.

Paris, 18. Sept. Genaue veröffentlicht folgende Nachricht aus Barcelona: Der Gouverneur Primo de Rivera hat eine Proklamation erlassen, in der er die Regierung anklagt, sie führe das Land dem Untergang entgegen, und mittels, daß die Militärpartei beschloßen habe, die Regierung zu überwinden und den Verfassungsstatus zu verhängen. Um 4 Uhr morgens ist die Telefonzentrale besetzt worden. Die Stadt ist ruhig. Man erwartet, daß die Ausführung der angekündigten Maßnahmen in kürzester Frist erfolgt. Nach aus Madrid eingetroffenen Meldungen ist die Regierung in der vergangenen Nacht in aller Eile zu einer Beratung zusammengetreten.

## Eine Erklärung der spanischen Regierung.

Paris, 18. Sept. Hayes meldet aus Madrid: Der heute nacht zusammengetretene Ministerrat hat bis zu den ersten Morgenstunden verhandelt und nachher folgende Erklärung veröffentlicht: Der Generalkapitän von Barcelona hat in der vergangenen Nacht von sich aus den Kriegszustand erklärt und sich der Nachricht unmittelbar bemächtigt. Er hat die Generalkapitäne der übrigen spanischen Landesteile aufgefordert, seine Haltung zu unterstützen. Zu diesem Zwecke hat er eine an das Land gerichtete Rundgebung erlassen, in der er erklärt, die Armee verlange zur Rettung Spaniens vom König, daß er sich von den derzeitigen Ministern trenne. Die Militärmacht einiger Landesteile soll geneigt sein, den gleichen Weg der Auflehnung zu betreten. Die Regierung, die in Permanenz bereit, erfüllt ihre Pflicht, die darin besteht, auf dem Posten zu bleiben. Sie wird sich nur durch Gewalt davon abhalten lassen, wenn die Urheber des Aufstandes sich entschließen sollten, sie mit all ihren Folgen anzunehmen. Der König wird heute in Madrid ankommen. (W. T. B.)

## Die Bewegung nicht gegen den König gerichtet.

Paris, 18. Sept. Die spanische Botschaft in Paris erklärt, keine direkten Nachrichten über die militärische Bewegung in Spanien zu haben. Der Telefonverkehr mit Madrid sei abgebrochen. Der spanische Botschafter erklärte einem

Redakteur des „Intransigent“, die Bewegung sei auf alle Fälle eine militärische und nicht gegen den König, sondern einzig und allein gegen die Regierung gerichtet. (W. T. B.)

Die spanischen Parteiverhältnisse sind von jeher sehr unübersichtlich gewesen, und die deutsche Presse, die sonst im allgemeinen über auswärtige Politik gut unterrichtet ist, hat auf diesem Gebiete mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Man weiß hierzulande über Spanien nicht viel mehr als über Rußland und daraus erklärt es sich, daß die spanische Politik wenig beachtet wird. Richtig ist es dagegen, zu glauben, wie es vielfach auf spanischer Seite der Fall ist, daß man in Deutschland für Spanien nicht genügendes Interesse bestimme. Es fehlt der deutschen Presse lediglich an geeigneten Vertretern in Spanien, die über alle dortigen Zustände und Verhältnisse eingehend zu informieren imstande sind. Soweit die Entwicklung in Spanien in der letzten Zeit bei uns in Deutschland genauer verfolgt worden ist, wird man annehmen dürfen, daß der jegliche Militärputsch, über dessen Umfang und Ausläufer nähere Nachrichten abgewartet werden müssen, mit der jüngsten spanischen Niederlage in Marokko zusammenhängt. Das Kabinett Alcubueras hatte eine antimilitaristische Politik eingeschlagen, die den gründlichen Abbau der Marokkopolitik verlangte und Spanien ganz in die Arme Frankreichs treiben wollte. Diese Bestrebungen wurden in weiten Kreisen als nationalantimilitaristisch empfunden und führten unter dem Eindruck, den der Erfolg Mussolinis in Italien machte, zu einer wesentlichen Verstärkung der Gegenbewegung, die in den „Junistas“, den Offiziersvereinigungen, ihre Hauptstütze hatte. Auch die Ausschreitungen der im bolschewistischen Sinne arbeitenden Syndikalistik trugen dazu bei, die Macht der Junistas zu vermindern. Die Regierung suchte sich dieser Opposition durch die Auflösung der Junistas zu erwehren, die aber trotzdem im geheimen weiter bestanden und nun allem Anschein nach von Barcelona aus die Diktatur verwirklichen wollen. Ob die Bewegung größere Ausdehnung zu gewinnen vermag oder ob sie nur lokalen Charakter trägt, in welchem Falle sie sehr bald wieder im Sande verlaufen würde, werden wohl schon die nächsten Tage erkennen lassen.

## Ein Buch von der Urväter Kunst.

Frägt man sich, welche Wissensgebiete heute zum eisernen Bestand des gebildeten Deutschen gehören, so ist jedenfalls die Baukunst nicht dabei, oder sie hat sich gänzlich als kümmerliches Anhängsel der kunstgeschichtlichen Schulkenntnis mit eingeschmuggelt. Das ist tief zu beklagen, denn die Baukunst ist und bleibt die Mutter der Künste, und die Beschäftigung mit allen künstlerischen Gebieten wäre nicht so groß, hätten wir noch die Fähigkeit, sie vom höheren zusammenfassenden Gesichtspunkt der Baukunst aus zu betrachten. — Die Schuld an den heutigen Verhältnissen liegt aber nicht nur bei unseren hohen und niederen Schulen, die für Baukunst und Baugeschichte keinen Platz haben, auch nicht nur beim Publikum, dem die innere Teilnahme daran fehlt, sondern in erster Linie an unserer Baukunst selbst, die sich seit Jahrhunderten mehr und mehr vom deutschen Volksempfinden entfernt, mehr und mehr im Geiste fremder Kulturkreise ergoß, ihre vom deutschen Standpunkte aus abwegigen Richtungen verfolgte.

Diese Entwicklung begann mit dem anfänglichen Mittelalter. Die Baukunst des Mittelalters war ferndeutsch und daher eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Anders sind Stadtbilder, wie Rotterdam o. L., Bauten wie die gotischen Dome nicht denkbar. Mit dem Eindringen der Renaissance wurde dies anders. Fremder Geist zog aufstösend und entfernend in die deutschen Bauhöfen ein, und die Baukunst wurde in der Folgezeit zu einer Angelegenheit der geistigen und weltlichen Mächtigen, schließlich heute zu einer solchen weniger Künstheter und Architekten, die nur noch für sich selbst, für ein kleines Häufchen gleich oder auch entgegengeachtet gekannter Kenner arbeiten. Dem deutschen Volke ist ihr Tun fremd. Was geht das deutsche Volk, soweit es überhaupt noch für künstlerische Eindrücke aufnahmefähig ist, was geht dieses deutsche Volk eine Baukunst an, die vorgelagert griechische Tempel, gotische gotische Ausgrabungen, heute griechische Bruchstücke und morgen die Kunst der Seltenen oder Aestheten als Vorbilder heranzieht und doch mit all diesem fremdartigen Wandelwerk nicht ein einziges warmes Wort für deutsche Herzen zu sagen vermag. Wenn daher der Zeitgenosse sich abschließend abwendet und sagt: „Von Baukunst verheiß ich nichts“, hat er da so ganz Unrecht?

Da sei denn auf ein Buch hingewiesen, das soeben in sorgfältiger erweiterter Neubearbeitung erscheint, auf das Buch von Haupt „Die älteste Kunst, insbesondere die Baukunst der Germanen“. Es ist für alle Deutsche geschrieben, nicht nur für Sachkundige und Kenner; es ist ein baugeschichtliches Handbuch im besten Sinne und die richtige Einführung in das Verständnis der Baukunst — nicht irgend-

eines —, sondern des deutschen Volkes. Aber wie man beim Sprachunterricht des Kindes mit der Muttersprache und nicht mit Latein und Griechisch anfangen sollte — so möchte man zuerst auch über Wesen und Ursprung der deutschen Baukunst belehrt werden, ehe man die der anderen Völker und Zonen kennen lernt.

Haupt führt uns zu den Quellen des mächtigen Stromes deutscher Kunst. Er öffnet die ehrwürdigen Gräber unserer germanischen Vorfahren und leitet in den entlegenen Wäldern weit und germanisch, heute laienhafter Weise die Spuren ihrer Bautätigkeit frei. Und entfaltet vor uns ein gar überraschendes Bild: eine hochentwickelte, urtümliche, aber schon dem reiche, in ihrer Gesamtheit aber schon fest umgrenzte Formwelt, hervorgegangen aus der germanischen Holzbaustein, Schiefer und Leinwand, dem germanischen Holzbau, dem allerhand Formgebanten aus den antiken und orientalischen Formkreisen, diese aber mit jugendlicher Unbefangenheit umgeschmolzen, dem eigenen Schönheitsgefühl angepaßt, zu neuem Eigentum geschmiedet.

So tritt die germanische Präludien in die Geschichte ein, so nimmt sie umschaltend die ihr zunächst fremde Steinbauweise der eroberten Länder auf, so schafft sie die Voraussetzungen für den ersten eigentlichen deutschen Stil, den Stil des Frühmittelalters, den wir in unverweifeltem Verzicht auf unser heiliges Bestium nach dem Willen unserer Humanitäten und Orientalisten heute noch den „romanischen“, d. h. den aus dem römischen Stil abgeleiteten nennen. Haupt's Buch macht uns stolz und traurig zugleich. Stolz, weil er die alte Fabel von den künftigen und künftigen germanischen Völkerwanderungs-Barbaren endgültig erschlägt und uns zeigt, wie viel Schönheit die Kunst des Mittelalters dem germanischen Blute, dem germanischen Rassenempfinden verdankt, Schönheiten, die heute noch nicht ganz vom fremden Geiste aufgezehrt sind, heute noch in den besten deutschen Kunstwerken aufleuchten. Traurig, weil wir erkennen, wie unendlich weit wir von den Grundlagen unserer völkischen Art abgerieben worden sind, wie wenig von diesem köstlichen, kernkräftigen Erbgut wir uns zu erhalten verstanden, ja, wie uns die ganze Kunst unserer Vorfahren heute anmutet, als wäre es eine fremde Welt.

Aber wir glauben auch mit Haupt, daß es für uns noch immer nicht zu spät an einer Einkehr und Umkehr ist, und sehen die beherzigenswerten Säue aus seinem Schlusswort auch unter diesen Umständen auf das Wert eines treuen, aufrechten, deutschen Mannes:

„Wahre und dauernde Kunst kann nur aus Stammesart und aus echt natürlichem Wesen hervorsicheln. — Darum ist es die höchste Pflicht des deutschen Volkes wie aller Germanen,

## An unsere Leser!

Die unaufhaltbaren Auswirkungen der Papiermark-entwertung zwingen die Zeitungen zu weiteren Erhöhungen, die mit Rücksicht auf die Leser und die öffentlichen Aufgaben der Presse in den denkbar engsten Grenzen gehalten werden.

Dresdner Nachrichten  
Dresdner Anzeiger  
Dresdner Neuzeit Nachrichten  
Dresdner Volkszeitung  
Sächsische Staatszeitung.

Der Bezugspreis der Dresdner Nachrichten für die 38. Woche (15. bis einschließlich 21. September) beträgt M. 3.600.000 bei freier Zustellung durch Boten ins Haus.

## Vertliches und Sächsisches.

### Die Einberufung des Landtages unterbleibt.

Aus sozialdemokratischen Kreisen wird berichtet, daß auch am morgigen Sonnabend in der Sitzung der sozialdemokratischen Landtagsfraktion noch keine Entscheidung über die Frage fallen werde, ob der Landtag noch in diesem Monat zu einer Zwischenkunft einberufen werden soll. Man neigt in diesen Kreisen vorwiegend der Annahme zu, daß vor Ausbruch Oktober eine Einberufung des Landtages nicht opportun ist. Dagegen wird damit gerechnet, daß der Ferien-Sonderauschuss in diesem Monat noch einmal zusammentritt. Ursprünglich war eine Sitzung dieses Ausschusses für Anfang dieses Monats vorgesehen, weil in der letzten Sitzung dieses Sonderauschusses die durch die Geldverhältnisse gebotene Abänderung des Gewerbesteuergesetzes mangels einer geeigneten Regierungsvorlage nicht beschloßen werden konnte. Die Regierung hat nun aber die vom Ausschuss gewünschte neue Vorlage nicht rechtzeitig fertigstellen können, so daß nunmehr die Tagung des Sonderauschusses erst für die zweite Hälfte dieses Monats zu erwarten ist.

### Strafanzeige gegen die Veranfaller des Appells der proletarischen Hundertthausen.

Der Vorstand des Dresdner Bürgerrates hat beschloßen, gegen die Veranfaller und Leiter des am Sonntag abgehaltenen Appells der proletarischen Hundertthausen Strafanzeige beim Staatsgerichtshof wegen Verletzung der Verfassung und Gefährdung der Republik zu erheben. In ausführlicher Begründung wird nachgewiesen, daß Stadtbaurat Stierck, Polizeipräsident Wenzke und Regierungsrat Vogt eine nach der Verfassung verbotene militärische Organisation gebildet bzw. gefördert und die Anführung der gewalttätigen Eingliederung gewisser Kreise der Arbeiterschaft in diese Organisation gebildet haben.

### Verhandlungen über Erwerbslosenfragen im Reichsarbeitsministerium.

Gelegentlich der Demonstrationen der Erwerbslosen vor dem Rathaus am 11. September hatte Bäckermeister Dr. Hüls, wie schon gemeldet, zugestimmt, mit einer Abordnung der Erwerbslosen sich zu Verhandlungen in das Reichsarbeitsministerium begeben zu lassen. Es war beabsichtigt, mit je zwei Vertretern der im Erwerbslozenrat Groß-Tresden organisierten Erwerbslosen und der nicht organisierten Erwerbslosen die Verhandlungen zu führen. Vertreter der nicht organisierten Erwerbslosen erklärten jedoch unmittelbar vor der Abreise, wie ebenfalls bereits mitgeteilt, sich nicht an den Verhandlungen beteiligen zu wollen. Sie verzichteten also auf den Versuch, die Wünsche der Erwerbslosen an der hierfür zuständigen Stelle zur Geltung zu bringen.

Obwohl das Reichsarbeitsministerium grundsätzlich örtliche Erwerbslosen-Vertretungen nicht empfannt, sondern nur die Vertreter der Länder vorläßt, wurde die Abordnung gleichwohl empfangen, weil mit Rücksicht auf die besondere Lage der Verhältnisse in Dresden eine Ausnahme gerechtfertigt schien. Die Abordnung vertrat in den Verhandlungen zunächst den Standpunkt, daß die Beschränkung der Erwerbslosenunterstützung auf 28 Wochen wegfallen müsse, weil es für die Beteiligten eine außerordentliche Härte bedeute, nach dieser Zeit auf die weniger auskömmliche allgemeine Fürsorge übernommen zu werden. Von Seiten des Reichsarbeitsministeriums wurde hier die Erklärung abgegeben, daß schon in allerfrüherer Frist hierüber neue Maßlinien ersehen würden, durch welche die Erwerbslosen aus der Industrie in dieser Beziehung wesentlich günstiger gestellt werden sollten als bisher.

Des weiteren vertrat die Abordnung den Standpunkt, daß die Berechnung der Erwerbslosenunterstützung ihren Ausgangspunkt von der Hälfte des durchschnittlichen Real-

lohn dem alten Stamme, der seitlichen und geistigen Heimat treu zu sein und zu bleiben, sich ihrer völlig bewußt zu werden. — Aber vor allem auch: sich selbst kennen zu lernen, sein Wesen, seinen Geist und seine Kunst.“ E. Dögg.

## Kunst und Wissenschaft.

### Briefporto und geistiges Leben.

Zu den Akten, die sich aus der Erhöhung der Posttarife für die geistlichen Arbeiter Deutschlands ergeben, äußert sich die Frankfurter Illustrierte Zeitschrift „Umschau“ unter Vorbehalt eines praktischen Ausweges folgendermaßen:

Höhe und höchste Regierungsstellen nehmen jede Gelegenheit wahr, um ihr großes Interesse für die Not der Wissenschaft und der Wissenschaftler zum Ausdruck zu bringen. Sie ihres wärmsten Wohlwollens zu versichern und zu betonen, daß die Wissenschaft der Hauptstütze in dem Reichsgeistes-Deutschland sei. Von den Worten zu den Taten ist stets ein weiter Weg, und die Unterstützung der Wissenschaft durch den Staat ist so mangelhaft wie möglich; jede Arbeitergruppe fehlt durch ihre Gerechtigkeit mehr bei der Regierung durch, als die Hauptstütze der deutschen Wissenschaft. Das neueste Vordemittel sind die Post-Tarifveränderungen. Durch die hohen Postgebühren wird der private Briefverkehr unterbunden; das ist bedauerlich, aber nicht tragisch, denn wer hat heute noch Zeit zum Briefschreiben? Für den industriellen und geschäftlichen Briefverkehr ist eine Herabsetzung der Postgebühren nicht von erheblicher Bedeutung, denn es sind Geschäftswesen, die in die Preise einberechnet werden müssen, und in dieser Form von der Gesamtheit als eine Art Steuer getragen werden. Anders aber liegt es mit der wissenschaftlichen Korrespondenz. Die Akten können nicht auf andere abgemildert werden, wissenschaftliche Unternehmungen, die auf Information durch Korrespondenz angewiesen sind, werden gehemmt, oder bleiben liegen, da es für den Wissenschaftler praktisch eine Unmöglichkeit ist, diese Belastungen zu tragen. Ein Austausch von Veröffentlichungen, Sonderabdrucken ist nicht mehr möglich. Am schlimmsten darunter leidet der Briefwechsel mit Fremden in dem Ausland. Das wichtigste, was uns Deutsche noch mit dem Ausland verbindet, sind die Beziehungen der deutschen Gelehrten mit den ausländischen. Wie soll dieser noch möglich sein, wenn für eine Auslandsreise 135.000 M. für einen Auslandsbrief 25.000 M. erhoben werden! Damit wird jeder Verkehr abgeschnitten. Schlimm ist es, daß das Ausland die Gründe für unser Schweigen gar nicht versteht. Vor mir liegt der Brief eines Amerikaners, der mir eine zweifelhafte, kleine Arbeit beilegt



50 Jahre Radeberger Exportbierbrauerei.

In diesen Tagen erfüllt sich ein halbes Jahrhundert, seitdem die Radeberger Exportbierbrauerei, Zweigniederlassung der Deutschen Bierbrauerei A. W. gegründet wurde.

Vereine und Veranstaltungen.

Verein für Sächsische Volkstänze. Sonnabend, den 15. September, 4 Uhr, findet im Landestheater für Sächsische Volkstänze, Dresden-N., die letzte Jahreshauptversammlung im Sommerpalast durch Dirigent Prof. Zschirner statt.

Waisengeld. (Truppenparade.) Am 14. September vormittags findet eine Parade der auf dem Truppenplatz anwesenden Truppen vor dem Chef der Heeresleitung auf dem Gelände auf der Straße Waisengeld-Neues Lager-Schmorlau statt.

Leipzig. (Eine Straßenbahnfahrt 800 000 Mark.) Bei der Großen Leipziger Straßenbahn löst seit dem 13. d. M. eine Straßenbahnfahrt 800 000 Mark. — (Todesfall.) Der Direktor des sächsischen Fürstentums Oskar Zell, der erst vor kurzem in den Ruhestand trat, ist am Montag im 68. Lebensjahre verstorben.

Hausen. (Wittiges Eifersuchtdrama.) Am Mittwoch morgen verurteilte der seit dem 23. August hier anhaltende arbeitslose Bergarbeiter Conrad Leopold, Hainrode-Reichenstraße 20 wohnhaft, die im selben Hause wohnhafte, von ihrem Mann getrennt und mit diesem in Scheidung lebende Arbeiterin Johanna B. auf geb. G. andauge, als sie mit Reinigungsarbeiten auf dem Vorplatz vor ihrer Wohnung beschäftigt war, zu erschlagen. Er gab auf sie aus einem mit sechs Kugelpatronen geladenen Revolver einen Schuss ab, der die Frau an der rechten Schläfe traf.

Wurden. Als er nach England zurückkehrte, kublerte er die Bücher und verkaufte sie mit Nutzen. Dann wurden sie wieder in die Rillen gepackt und in das Lager zurückgebracht.

Das Vaterländische Museum in Celle hat jetzt, wie in „Niederachsen“ mitgeteilt wird, den Namen „Vomann-Museum für Hannoverische Heimatgeschichte“ erhalten.

Eine schnurrige Opernprobe.

Von Carl Kittel, Bayreuth. Kapellmeister Carl Kittel, einer der getreulichsten, besten und dem Schicksal seiner Theaterunternehmen nachfolgenden kleinen Epochen zur Verfügung.

Unter den vielen Reueinstudierungen, die wir um die Jahrhundertwende am damals neu eröffneten Grazer Stadttheater hatten, kam als besonderes Ereignis auch Wilhelm Kienals „Evangelimann“, inszeniert vom Dichterkomponisten selbst, heraus.

Bekanntlich erdient nach einer kurzen Orchester-Einleitung, bei noch geschlossenem Vorhange, als A-cappella-Chor der Gemeindegesang, welcher — der Feinheit wegen — gewöhnlich von der Bühnenvorgel unterstützt wird.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

Der Dirigent klopfte ab und rief in seiner gemächlichen mundartlichen Färbung: „Gitt, Gitt! — Boron nicht's denn eichendlich, daß's nich glabbt? — — — Gest denn d'r Ab'rat nich? — — — Ich trat vor den Vorhang und läste kurz auf. „Also, dann noch mal von vorne!“ rief der Kapellmeister dem Orchester zu. Man wiederholte. — — — „Schmitz“ wiederholte sich in gleicher Weise wie vorher.

26. Stadtvorordneten-Sitzung.

Dresden, den 13. September 1923.

Das Stadtvorordnetenkollegium nimmt nach Beendigung der Sommerferien die öffentlichen Sitzungen wieder auf. Vorherber Wirt begrüßt die Stadtvorordneten und spricht die Hoffnung aus, daß alle geklärt zurückgekehrt seien.

Die vorliegende Negativliste umfaßt nicht weniger als 800 Punkte, von denen einige sofort erledigt werden. Dann werden vom Räte kurze Anfragen beantwortet.

St. B. Glöner (Soz.) erfaßt um Auskunft über das sächsische Einhebungsverfahren für Wasser-, Gas- und Strompreise, das in der Bevölkerung große Erregung ausgelöst habe.

Das Stadtvorordnetenkollegium nimmt nach Beendigung der Sommerferien die öffentlichen Sitzungen wieder auf. Vorherber Wirt begrüßt die Stadtvorordneten und spricht die Hoffnung aus, daß alle geklärt zurückgekehrt seien.

Stenererhöhungen, wobei es sich in der Hauptsache um eine Anpassung an die Wertentwicklung handelt. In Uebereinstimmung mit dem Räte wird beschlossen: die Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 4 Prozent an Stelle der in Wegfall kommenden Wertzuwachssteuer, und die Erhöhung der Handlagersteuer von 2000 auf 200 000 Mt. Ferner wird die Grundsteuer auf die für die Gemeinden jeweils zulässige Höchstgrenze erhöht. Auch die Schankerlaubnissteuer erfährt eine entsprechende Erhöhung.

Die Vorlage über die Erhebung einer Zuschlagssteuer zur staatlichen Gewerbesteuer von 300 Prozent unter Wegfall des bisher erhobenen Zuschlags ruft eine längere Aussprache hervor, nach der die Vorlage angenommen wird.

Den Grundrissen für die Gewährung von Darlehen aus dem Ausgleichsstock wird mit einer kleinen rein formalen Änderung zugestimmt. Die hauptsächlichsten Bestimmungen lauten wie folgt:

Voraussetzungen der Darlehensgewährung. Darlehen aus dem Ausgleichsstock sind in erster Linie für solche große Instandsetzungsarbeiten zu gewähren, deren Vornahme unbedingt notwendig ist, um das Grundstück vor Verfall zu bewahren oder Gesundheitsgefahr und Gesundheitsbeschädigung der Wohnungen zu verhüten.

Die Darlehen sind unverzinslich. Gebühren für ihre Vergewährung oder ein laufender Verwaltungskostenbeitrag werden nicht erhoben.

Sicherung der Rückzahlung. Auf seine Kosten eine Sicherungshypothek für die Stadtgemeinde Dresden für ihren Ausgleichsstock im Betrage der gewährten Summe zu bestellen. Bei mittelständigen Bauabnehmern kann die Sicherheit eine andere Regelung dieser Kosten treffen.

Der Darlehensnehmer ist zu verpflichten, für die sorgfältige und dauerhafte Ausführung der Instandsetzungsarbeiten nach dem im Einverständnis mit der Schiedsstelle für Dauerhaltung festgesetzten Kostenantrag unter Bewahrung guter Bauhofsorge zu tragen und bei etwa als notwendig sich herausstellenden Änderungen zuvor die Zustimmung der Schiedsstelle einzuholen.

Die Schiedsstelle für Dauerhaltung kann die Auszahlung des Darlehens oder eines Teiles ablehnen, wenn der Darlehensnehmer den ihm auferlegten Verpflichtungen gegenübersteht.

Die Rückzahlung. Der Darlehensnehmer kann das Darlehen jederzeit ganz oder teilweise zurückzahlen. Bei Veränderung des Grundstückes ist das Darlehen ohne Rücksicht sofort zur Rückzahlung fällig. Das Wohnungsdarlehen kann jedoch nach billigem Ermessen des Darlehensverhältnisses erneuert werden.

Das Kollegium nimmt nunmehr Stellung zu zwei kommunizistischen Anträgen, die sich mit der Not der Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Arbeitsunfähigen und Minderbemittelten befassen. Die St. V. Frau Böhm, die den ersten Antrag begründet, fordert u. a. Naturalien an die genannten Volksteile zur Verteilung zu bringen und Strom und Gas an sie kostenlos oder zu zwei Dritteln der erhöhten Preise abzugeben, die Volkshäuser zunächst mindestens in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, Milch für Säuglinge, Schwangeren, kranke Mütter und Kranke sicherzustellen, die Mütterberatungsstellen mit Nahrungs- und Kräftigungsmitteln sowie Wäsche zur unmittelbaren Abgabe an Bedürftige zu besetzen, die Schulen ausreichend mit Stoffen und Garnen zu versehen, um einen wirksamen Konsumgütermarkt durchzuführen zu können, zur Einleitung der Dänen 1924 die Schulen verlassenen, die in sie eintrudelnden Kinder Schuhe und Stoffe zu beschaffen, die Einkäufe schon jetzt vorzunehmen und zu diesem Zwecke ein städtisches Beschaffungsbüro zu gründen.

St. B. Häbel beantragt im besonderen, unverzüglich auf dem Wege der Inanspruchnahme von Krediten Mittel bereitzustellen: 1. zur Milderung des grenzenlosen Erwerbslosenelends; 2. zur Behebung der Bauzögerung für Wohnungsbau; und 3. zur Fortführung und Aufrechterhaltung der von den Unternehmern stillgelegten Betriebe.

St. V. Wögel (D. W.) in der Mitteilung, daß St. B. Häbel seine neuen Wege angeht habe. Das sei auch bei dem Antrage der Frau Böhm der Fall. Es handle sich um Dinge, die schon wiederholt behandelt worden seien. Seine Fraktion stimme aber beiden Anträgen zu. — St. B. Häbel (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion beiden Anträgen zustimme. Er hoffe aber, daß man nicht bloß das Antragsteller übernehme, das Durchführen aber anderen überlasse. Es sei eigenartig, daß man mit solchen Anträgen komme, wenn sich in der Stadt etwas bemerkbar mache. (Starker Lärm bei den Kommunisten. Zurufe von den Tribünen. Der Vorsitzende droht, einzugreifen.) — Vorsitzender Rohmann (D. N.): Alle diese Fragen seien bereits eingehend und ernst beraten worden. Politische Vorschläge hätten die Antragsteller nicht gemacht. Seine Gruppe werde den Anträgen zustimmen, obwohl manches überholt, manches undurchführbar sei. — St. B. Schrapel (komm.) wendet sich in heftiger Weise gegen die Sozialdemokraten und gegen das kapitalistische System, das er für die Not verantwortlich macht. Die Ausführungen des Häbel bezeichnet er als Unfalsch und Quark. Er erhält hierfür einen Ordnungsruf. — Bürgermeister Dr. Müll hofft, daß die Antragsteller im Ausdus gewillt seien, zu zeigen, daß sie praktische Arbeit leisten wollten. Der Rat habe fast alle diese Dinge bereits in sehr sorgfältigen Beratungen geprüft. Er werde über die Anträge hinaus verhandeln, die Not zu lindern, hoffe aber, daß die Arbeit nicht durch unorganisierte Eingriffe gestört werde. Die Vorgänge der letzten Tage seien schmerzhaft und geeignet, die Sympathien für die Erwerbslosen zu beeinträchtigen. Man werde alles tun, zu einer Maßnahme unter dem Druck der Wut werde der Rat sich aber nicht verziehen. Das Erwerbslosenproblem bleibe ein Problem des Reiches. Er hoffe, daß die Vorklagen in Berlin von Erfolg begleitet sein würden. — Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Wissen zu lassen, soweit sie sich mit dem Eigentum in einer Person vereinigen, oder vor diesen Doppelheiten einen Vorrang für dieses Darlehen einzuräumen. Diese Verpflichtung ist durch Vormerkung im Grundbuch zu sichern.

Der Darlehensempfänger hat der Stadtgemeinde Dresden für den Fall der Veränderung ein durch Vormerkung zu sicherndes Grundstück zu dem Verkaufswerte, des Grundstückes gleicher Art zur Zeit der beschriebenen Veränderung im allgemeinen haben, an dem betreffenden Grundstück einzuräumen.

Besondere Pflichten des Darlehensnehmers. Der Darlehensnehmer ist zu verpflichten, für die sorgfältige und dauerhafte Ausführung der Instandsetzungsarbeiten nach dem im Einverständnis mit der Schiedsstelle für Dauerhaltung festgesetzten Kostenantrag unter Bewahrung guter Bauhofsorge zu tragen und bei etwa als notwendig sich herausstellenden Änderungen zuvor die Zustimmung der Schiedsstelle einzuholen.

Die Schiedsstelle für Dauerhaltung kann die Auszahlung des Darlehens oder eines Teiles ablehnen, wenn der Darlehensnehmer den ihm auferlegten Verpflichtungen gegenübersteht.

Rückzahlung. Der Darlehensnehmer kann das Darlehen jederzeit ganz oder teilweise zurückzahlen. Bei Veränderung des Grundstückes ist das Darlehen ohne Rücksicht sofort zur Rückzahlung fällig. Das Wohnungsdarlehen kann jedoch nach billigem Ermessen des Darlehensverhältnisses erneuert werden.

Das Kollegium nimmt nunmehr Stellung zu zwei kommunizistischen Anträgen, die sich mit der Not der Erwerbslosen, Sozialrentner, Kriegsbeschädigten, Arbeitsunfähigen und Minderbemittelten befassen. Die St. V. Frau Böhm, die den ersten Antrag begründet, fordert u. a. Naturalien an die genannten Volksteile zur Verteilung zu bringen und Strom und Gas an sie kostenlos oder zu zwei Dritteln der erhöhten Preise abzugeben, die Volkshäuser zunächst mindestens in dem bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten, Milch für Säuglinge, Schwangeren, kranke Mütter und Kranke sicherzustellen, die Mütterberatungsstellen mit Nahrungs- und Kräftigungsmitteln sowie Wäsche zur unmittelbaren Abgabe an Bedürftige zu besetzen, die Schulen ausreichend mit Stoffen und Garnen zu versehen, um einen wirksamen Konsumgütermarkt durchzuführen zu können, zur Einleitung der Dänen 1924 die Schulen verlassenen, die in sie eintrudelnden Kinder Schuhe und Stoffe zu beschaffen, die Einkäufe schon jetzt vorzunehmen und zu diesem Zwecke ein städtisches Beschaffungsbüro zu gründen.

St. B. Häbel beantragt im besonderen, unverzüglich auf dem Wege der Inanspruchnahme von Krediten Mittel bereitzustellen: 1. zur Milderung des grenzenlosen Erwerbslosenelends; 2. zur Behebung der Bauzögerung für Wohnungsbau; und 3. zur Fortführung und Aufrechterhaltung der von den Unternehmern stillgelegten Betriebe.

St. V. Wögel (D. W.) in der Mitteilung, daß St. B. Häbel seine neuen Wege angeht habe. Das sei auch bei dem Antrage der Frau Böhm der Fall. Es handle sich um Dinge, die schon wiederholt behandelt worden seien. Seine Fraktion stimme aber beiden Anträgen zu. — St. B. Häbel (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion beiden Anträgen zustimme. Er hoffe aber, daß man nicht bloß das Antragsteller übernehme, das Durchführen aber anderen überlasse. Es sei eigenartig, daß man mit solchen Anträgen komme, wenn sich in der Stadt etwas bemerkbar mache. (Starker Lärm bei den Kommunisten. Zurufe von den Tribünen. Der Vorsitzende droht, einzugreifen.) — Vorsitzender Rohmann (D. N.): Alle diese Fragen seien bereits eingehend und ernst beraten worden. Politische Vorschläge hätten die Antragsteller nicht gemacht. Seine Gruppe werde den Anträgen zustimmen, obwohl manches überholt, manches undurchführbar sei. — St. B. Schrapel (komm.) wendet sich in heftiger Weise gegen die Sozialdemokraten und gegen das kapitalistische System, das er für die Not verantwortlich macht. Die Ausführungen des Häbel bezeichnet er als Unfalsch und Quark. Er erhält hierfür einen Ordnungsruf. — Bürgermeister Dr. Müll hofft, daß die Antragsteller im Ausdus gewillt seien, zu zeigen, daß sie praktische Arbeit leisten wollten. Der Rat habe fast alle diese Dinge bereits in sehr sorgfältigen Beratungen geprüft. Er werde über die Anträge hinaus verhandeln, die Not zu lindern, hoffe aber, daß die Arbeit nicht durch unorganisierte Eingriffe gestört werde. Die Vorgänge der letzten Tage seien schmerzhaft und geeignet, die Sympathien für die Erwerbslosen zu beeinträchtigen. Man werde alles tun, zu einer Maßnahme unter dem Druck der Wut werde der Rat sich aber nicht verziehen. Das Erwerbslosenproblem bleibe ein Problem des Reiches. Er hoffe, daß die Vorklagen in Berlin von Erfolg begleitet sein würden. — Den Anträgen wird einstimmig zugestimmt.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Schluss der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung.

Tit. 254 Dresden Nachrichten, 14. Sept. 1923 Seite 5

183. Sächsische Landeslotterie, 5. Klasse.

Dritter Ziehungstag.

300 WIRL: 74525. — 100 WIRL: 32444. — 50 WIRL: 116880.
40 WIRL: 18880 19183 35165 46086 50804 52079 50078 82087 92522
120863 126269

Zweiter Ziehungstag.

Gewinne zu 2 1/2 Millionen.
192 285 311 418 1074 458 2183 140 3791 4112 218 880 321 6045
707 840 800 006 0119 455 830 7105 112 023 0005 140 327 832 10270
11380 12682 12524 350 377 11218 13379 617 745 10082 123 293 565

Gewinne zu 1 000 000 WRL.

Die Nummern haben an Stelle derjenigen zu treten, die auf
eine der im ersten Ziehungstage gezogenen 27 Endzahlen ruhigen
und bereits in einer Ziehung mit Gewinn gezogen worden sind.

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

1000 150 210 773 889 2540 700 785 3070 160 182 855 482 512 688
210 785 502 970 4021 191 228 3104 205 251 381 384 654 735 710 718

Der neue Postgebührentarif.

Die wesentlichsten Gebühren, die vom 20. September 1923 an im Post- und Postfachverkehr, und vom 16. September an im
Telegraphen- und Fernsprechverkehr, gelten, sind folgende:

Innerhalb Deutschlands. (Vom 20. September an.)

Table with 2 columns: Postarten im Ortsverkehr, and Tarifsatz in Tausend M.
Postarten im Ortsverkehr: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

(Für nicht- oder unzureichend freigelegte Postkarten und Briefe wird das
Grenznachschlage des Postbetrages, unter Abrechnung auf eine durch 1000 teilbare
Zahlsumme, nachzubeten.)

Table with 2 columns: Briefchen bis 25 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 25 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 50 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 50 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 100 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 200 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 300 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 400 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 500 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 600 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 700 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 800 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 900 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1000 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1100 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1200 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1300 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1400 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1500 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1600 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1700 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1800 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 1900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1900 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Table with 2 columns: Briefchen bis 2000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2000 Gramm: 50, 100, 150, 200, 250, 300, 350, 400, 450, 500

Für bargeblich beglichene Zahlungen dieselbe Gebühr, höchstens jedoch
100 000 M. für eine Zahlkarte.

Für Anlieferungen, die bargeblich beglichen werden, 1/2 vom Tausend des
Schuldbetrags, für Vorauszahlungen mit Postnachricht 2 vom Tausend des Schuld-
betrags, Mindestgebühr 100 M. Höchstbetrag eines Postbetrags 2 Millionen M.

Die Anlieferungsgebühren für Briefsendungen, Warensendungen und Postanlieferungen
gelten auch nach dem Seerecht (einschließlich Posten nicht zugelassen), fernher
nach dem Gebiet der freien Stadt Genua, wobei auch Pakete zu den An-
lieferungsgebühren verpackt werden können. (Für Pakete nach dem Seerecht
besondere Gebühren.) Die Anlieferungsgebühren für Briefsendungen gelten fernher
nach Kugenburg, Memelgebiet und Ostpreußen (Paketen nach
Kugenburg und Ostpreußen nicht zugelassen).

Die Auslandsgebühren

betragen vom 20. September an:

Table with 2 columns: Postarten, and Tarifsatz in Tausend M.
Postarten: 450, 350, 750, 375, 600, 375, 150

Table with 2 columns: Briefchen bis 20 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 20 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 50 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 50 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 100 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 200 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 300 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 400 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 500 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 600 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 700 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 800 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 900 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1000 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1100 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1200 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1300 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1400 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1500 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1600 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1700 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1800 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 1900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 1900 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2000 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2100 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2200 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2300 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2400 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2500 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2600 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2700 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2800 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 2900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 2900 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3000 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3100 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3200 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3300 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3400 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3500 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3600 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3700 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3800 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 3900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 3900 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4000 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4100 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4100 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4200 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4200 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4300 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4300 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4400 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4400 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4500 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4500 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4600 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4600 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4700 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4700 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4800 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4800 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 4900 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 4900 Gramm: 150, 250, 300, 375

Table with 2 columns: Briefchen bis 5000 Gramm, and Tarifsatz in Tausend M.
Briefchen bis 5000 Gramm: 150, 250, 300, 375









